

**XXII. GP.-NR****104 /J****2003 -07- 1 2****ANFRAGE**

der Abgeordneten Prähauser  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend drohendem Irak-Krieg

Nachdem sich der US-Präsident George W. Bush bereits die Vollmacht beider Häuser des Kongresses für die Kriegsführung gegen den Irak geholt hatte und den Militäretat für das heurige Jahr gegenüber 2002 um 12 Prozent erhöhen lies, deuten amerikanische und britische Aufmarschpläne auf einen baldigen Krieg hin. Obwohl UNO-Generalsekretär Annan dem Irak eine kooperative Haltung bescheinigte, trommeln die USA für einen Waffengang im Nahen Osten. Bereits vergangenen September hatte die US-Regierung ihr neues Sicherheitskonzept der "Präventivaktionen" oder "vorbeugende Militärschläge" (preemptive strikes) vorgestellt. Bushs Vize Dick Cheney hält die Forderung nach einer friedlichen Lösung des Konflikts, um die Waffenkontrollen im Irak für "Wunschdenken" - angesichts der "tödlichen Bedrohung", die vom Irak ausgehe. Sein Motto: "Man muss die Schlacht zum Feind tragen." Angesichts solcher Rhetorik stellen die meisten politischen Beobachter inzwischen nur noch die Frage nach dem Zeitpunkt, nicht mehr, ob die Weltmacht USA eine Militäraktion startet, mit der Saddam Hussein entmachtet werden soll. Noch ehe die Zerschlagung der Strukturen der Al-Kaida in Afghanistan wirklich zu Ende gebracht ist, steht der nächste Kriegsschauplatz fest. Dabei ist eine direkte Verbindung zwischen dem Irak und der Organisation Osama bin Ladens bislang kaum zu belegen. Mehr als einige vage Hinweise gibt es offenbar auch in Geheimdienstkreisen nicht.

Der SPIEGEL berichtete, dass die USA beim NATO-Gipfel in Prag ein Bündel von Hilfeersuchen an die NATO-Mitgliedsstaaten gestellt hätten, und der deutsche Verteidigungsminister Struck bestätigte, dass die USA im Zusammenhang mit einem möglichen Angriff auf den Irak eine Reihe von Anforderungen an die deutsche Bundesregierung gestellt habe.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

**Anfrage:**

1. Wie beurteilen Sie das US-Konzept der vorbeugenden Militärschläge?
2. Welchen Kenntnisstand haben Sie in Bezug auf die angeblichen Forderungen der Vereinigten Staaten an die NATO-Mitgliedsländer?  
Ist es richtig, dass die USA ein „Bündel von Hilfeersuchen“ an die Mitgliedsstaaten und Österreich gestellt haben?
3. Welche finanziellen Belastungen sind durch den von der US-Regierung geplanten Krieg für die europäischen NATO-Staaten zu erwarten?
4. Ist es richtig, dass die USA in Ungarn eine Kampfausbildung für mehrere Tausend irakische Oppositionelle gestartet haben?
5. Welche US-Hilfeersuchen an die Tschechische Republik sind Ihnen bekannt?
6. Ist es richtig, dass eine NATO-Mitgliedschaft Österreich zum Entgegenkommen bei derartigen „US-Hilfeersuchen“ verpflichten würde?
7. Soll Österreich Ihrer Meinung nach seine Neutralität aufgeben und dem NATO-Bündnis beitreten?